

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Die Grundlagen für die Entwicklung der 5G-Netze in Rheinland-Pfalz anpassen – zukunftsfähige und verlässliche Mobilfunkinfrastrukturen realisieren

Die Versorgung mit 5G ist eine grundlegende Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Mittelstandes, für die Entstehung neuer digitaler Geschäftsmodelle, für das autonome Fahren und für die Industrie 4.0. Auch Umweltziele in der Landwirtschaft bei Düngung und Schädlingsbekämpfung können nur bei flächendeckendem Mobilfunk und IT-Unterstützung erreicht werden. Eine zukunftsfähige Mobilfunkversorgung ermöglicht es den Regionen, Haushalten, Unternehmen und insbesondere dem ländlichen Raum von den Vorteilen der Digitalisierung zu profitieren. Zwar ist Rheinland-Pfalz in den Ballungszentren gut versorgt, jedoch ist der ländliche Raum in besonderer Weise benachteiligt. Dies gilt auch für Landstraßen und landwirtschaftliche Flächen, die digitalisiert wesentlich umweltschonender bewirtschaftet werden könnten. Eine intakte und leistungsstarke Mobilfunkinfrastruktur ist Standortfaktor und somit maßgeblich für einen dynamischen Fortschritt der hiesigen Wirtschaft. Ebenso stellt sie eines der Alltagsbedürfnisse für die Bürgerinnen und Bürger im heutigen digitalen Zeitalter dar. Deshalb liegt die Verbesserung der Mobilfunkinfrastruktur, aus Sicht der CDU-Fraktion, im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interesse unseres Bundeslandes.

Rheinland-Pfalz ist das Land der Funklöcher. Die im vergangenen Jahr veröffentlichten Umfrageergebnisse des Beratungsunternehmens „P3“ machten deutlich, wie unzufrieden die Smartphone-Nutzer in Rheinland-Pfalz mit der LTE- und Mobilfunkversorgung sind. Das Land ist hier mit in der Verantwortung, den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz gerecht zu werden. Das Defizit zu benennen reicht nicht aus. Die gezielte Verbesserung der Mobilfunkinfrastruktur und die Gewährleistung einer intakten (auch digitalen) Infrastruktur gehören zu den Grundpflichten einer Landesregierung. Erst damit erreichen wir auch im Digitalbereich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Das Land muss somit auch seiner föderalen Verantwortung gerecht werden. Zudem wird die flächendeckende Versorgung mit 4G die Grundlage für die Realisierung der zukünftigen 5G-Netze bieten. Die Gesamtzielrichtung für die Umsetzung dieser gemeinsamen Aufgabe – der Versorgung mit 5G – ist im Koalitionsvertrag der Großen Koalition enthalten. Auf Grundlage der Initiative des Bundes sollen bis Ende des Jahres 98 Prozent der Haushalte mit LTE versorgt werden. Die Länder sind gefragt mit anzupacken und gemeinsam die Frequenzauktion zum Erfolg zu bringen.

Der praktikable Weg, um dieses Projekt voranzutreiben, ist gemeinsam und konstruktiv die Verbesserung der Mobilfunkinfrastruktur anzugehen und dem Versorgungsdefizit mit zielgerichteten Maßnahmen zu begegnen. Auf der Landesebene ist dafür primär eine Dokumentation der bestehenden Versorgungslücken in der Mobilfunk- und Netzinfrastruktur notwendig. Eine vom Bund zur Verfügung gestellte App gibt erste Hinweise auf derzeit vorhandene Funklöcher. Dies alleine reicht jedoch nicht aus und muss ergänzt werden. Diese Aufgabe kann nur in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Netzanbietern gewährleistet werden, da sie lokale Funklöcher und Topografien viel besser kennen und bewerten können.

Folglich tragen die Länder die ausschlaggebende und wichtige Aufgabe, die gemeinsame Zielsetzung zu realisieren, indem sie die Bedingungen in ihrem Land so anpassen, dass das 5G-Netz umgesetzt werden kann.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- vorhandene Versorgungslücken in Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Netzanbietern zu definieren und zu kartieren;
- eine hundertprozentige und lückenlose Mobilfunkabdeckung zur Zielsetzung zu machen, damit Rheinland-Pfalz chancengleiche Nutzungsbedingungen gegenüber anderen Bundesländern erfährt;
- den Kommunen den erforderlichen Sachverstand und die Beratung durch die Breitbandbüros zukommen zulassen. Hierzu sind die Breitbandbüros personell zu stärken;
- Maßnahmen für einen besseren und gezielten Einsatz der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel zu entwickeln, um weiteren Investitionsstaus entgegenzuwirken;
- die Aufstellung von zusätzlichen Mobilfunkstandorten in Gemeinden mit einer Bezuschussung von 80 Prozent mit Landesmitteln zu unterstützen.

Für die Fraktion:
Martin Brandl